

## Eine Internet- **strategie** für die Politik

Chancen



**Deutschland**

## Maßnahmen- katalog der Internet- Kommission der CDU

### INHALT

- Start-up Deutsch-  
land (Seite 2-4)
- Steuern, ohne zu  
bremsen (Seite 4-6)
- Vorsprung durch  
Bildung (Seite 6-8)
- Mit Sicherheit ins In-  
ternet (Seite 8-10)
- E-Government: Mehr  
Bytes für die Bürger  
(Seite 10-12)

Das Internet revolutioniert die menschliche Kommunikation und mit ihr weite Bereiche unseres Zusammenlebens. Seine Bedeutung zu unterschätzen heißt, Chancen zu verpassen und wirtschaftliche Gefahren für unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und unser Zusammenleben nicht zu kontrollieren. Seine Tragweite zu erkennen und zu nutzen bedeutet, Zukunft mitzugestalten.

Es ist daher unser Ziel, die Möglichkeiten des neuen Mediums Internet in allen Lebensbereichen optimal nutzbar zu machen und den Standort Deutschland als moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu sichern.


Der Handlungsbedarf für die Politik wird nachfolgend in Form von 47 Forderungen zusammengefaßt, die sich in die Themenbereiche Wirtschaft, Steuern, Bildung, Sicherheit und E-Government gliedern.

»Start-up Deutschland«: Wirtschaftspolitik im Zeitalter des Internet 

Das Internet revolutioniert wirtschaftliches Handeln – nicht nur in der sogenannten »New Economy«. Raum und Zeit verlieren als Grenzen wirtschaftlicher Tätigkeit an Bedeutung. Flexibilität und Globalität sind die Bestimmungsfaktoren einer veränderten Wertschöpfungskette. Ziel einer neuen Wirtschaftsordnung muss sein, die Chancen, die das Internet für jeden einzelnen Arbeitnehmer und für den Standort Deutschland bieten, so weit wie möglich nutzbar zu machen. Dabei kommt staatlichem Handeln für die Gewährleistung diskriminierungsfreier Zugänge zu Kommunikationsnetzen besondere Bedeutung zu. Die dezentralen Strukturen des World Wide Web setzen jedoch nationalstaatlicher Regulierung insgesamt zunehmend Grenzen.

1. Das Internet stellt eine für alle Unternehmen, Institutionen und Selbstständige zunehmend unerlässliche Infrastruktur dar. Der Staat muss sicherstellen, dass der Zugang fair und marktwirtschaftlich organisiert wird. Eine schnelle Verbreitung sichert – ähnlich wie beim Mobilfunk – enorme wirtschaftliche Vorteile.
2. Übertragungswege müssen im Wettbewerb stehen. Die Vergabe eventuell knapper Ressourcen (wie etwa Mobilfunkfrequenzen) muss nach europaweit einheitlichen Kriterien organisiert werden. Versteigerungen sind als transparentes Zuteilungsverfahren sinnvoll, solange sie nicht sachfremd zur Maximierung von Staatseinnahmen mißbraucht werden.
3. Die breite Nutzung des Internet durch die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung stellt einen überragend wichtigen Standortfaktor dar. Deshalb sollte deutschlandweit der Zugang zum Internet auf der Basis einer »flatrate« möglich sein. Voraussetzung dafür ist die Verfügbarkeit entsprechender Vorprodukte auf Großhandelsebene.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Erfolgsbedingungen von Internet-Unternehmen im internationalen Vergleich kontinuierlich zu beobachten und halbjährlich Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen vorzulegen.
5. Die staatliche Forschungsförderung muss Anreize zur Bildung eindeutig profilierter Kompetenzzentren im Bereich der Internetentwicklung setzen. Dabei sind solche Forschungszentren zu unterstützen, die für eine schnelle Umsetzung gefundener Lösungen sorgen können.

6. Urheberrechtlich geschützte Leistungen müssen auch im Internet vergütet werden: Individuelle Abrechnungssysteme haben Vorrang vor Pauschalabgaben auf IT-Geräte.
7. Patentschutz muss auch für Software in Kombination mit dem zugehörigen Prozessor möglich sein. Bedingungen sind die Offenlegung des Quellcodes und kurze Laufzeiten von höchstens 5 Jahren.
8. Zur Förderung von Open-Source-Software dürfen öffentliche Stellen nur Software verwenden, deren Quellcode frei zugänglich ist, soweit solche Software verfügbar ist.
9. Soweit internationale Einrichtungen mit netzweiten Regulierungsbefugnissen notwendig sind, muss deren Arbeit transparent und demokratisch legitimiert sein.
10. Anbieter-Selbstkontrolle und verantwortliche Verbraucherentscheidungen müssen auf der Basis einer größtmöglichen Markttransparenz verstärkt werden.

»Steuern, ohne zu bremsen« – eine internetgerechte Steuerordnung 

Die wachsende Nutzung des Internet in allen Lebensbereichen stellt den Staat auch vor neue fiskalische Herausforderungen. Wie sieht eine gerechte Steuerordnung im digitalen Zeitalter aus? Die klassische steuerliche Anknüpfung an physische Tatbestände löst sich in virtuellen Wirtschaftsräumen gleichsam auf. Mut zur grundsätzlichen Neuorientierung ist besser als die Schaffung neuer komplizierter Zusatz-Regelungen! Auch

außerhalb der Unternehmen sind Internetnutzungen steuerrechtlich verstärkt als berufsbedingte Ausgaben anzusehen.

1. Bei der ertragssteuerlichen Behandlung grenzüberschreitender Geschäfte sollte die Freistellungsmethode durch die in angelsächsischen Ländern angewandte Anrechnungsmethode ersetzt werden. Dabei müssen die Zusatzeinnahmen durch den Fiskus zur Steuersenkung genutzt werden.
2. Auch die Gewerbesteuer ist aufgrund der schwindenden Lokalisierbarkeit wirtschaftlichen Handelns grundsätzlich in Frage zu stellen.
3. Digitale Dienstleistungen müssen der Umsatzsteuer unterliegen. Das EU-Konzept zur Umsatzbesteuerung stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Ohne Harmonisierung der Mehrwertsteuer auf niedrigem Niveau werden jedoch Wettbewerbsverzerrungen durch das Internet nicht zu verhindern sein.
4. Die Möglichkeit, das Internet am Arbeitsplatz zu nutzen, darf nicht als steuerpflichtiger Lohn gelten (vgl. § 3 Nr. 45 EstG). Dies muss zukünftig auch für das Umsatzsteuerrecht gelten.
5. Ein PC, der von einem Unternehmen an seinen Mitarbeiter weiter gegeben wird, darf keine (pauschalisierte) Lohnsteuer auslösen.
6. Ein privater PC und Internetanschluss, der für Fort- und Weiterbildungskurse angeschafft wird, muss weitgehend steuerlich absetzbar sein.

7. Die gegenwärtigen Regelungen der Besteuerung von Aktienoptionen von Mitarbeitern sind ungerecht und führen häufig zu übermäßigen Besteuerungen. Es muss die Möglichkeit eingeführt werden, den Wert von Aktienoptionen, wie in vielen Ländern üblich, pauschal zu versteuern.
8. Das Steuerverfahren muss mit Hilfe des Internets einfacher, effizienter und transparenter gestaltet werden: Die elektronische Steuererklärung muss interaktiv und serviceorientiert ausgebaut werden.

### Vorsprung durch Bildung

Wissen und Innovationsfähigkeit sind die Ressourcen der Zukunft. In immer stärkerem Maß werden sie mit Hilfe des Internets generiert. Der Umgang mit den neuen Medien und vor allem die Fähigkeit, mit den wachsenden Informationsmengen umzugehen, müssen daher zu zentralen Bildungszielen gemacht und einer größtmöglichen Zahl von Bürgern vermittelt werden.

1. Digitaler Analphabetismus muss verhindert werden. Wir brauchen Angebote in allen Alters-, Bildungs- und Einkommenschichten und konkrete Zielsetzungen für die Steigerung der Internetnutzung in der gesamten Bevölkerung.
2. Medienkompetenz ist mehr als Technikkompetenz. Ziel der Internetbildung muss die Fähigkeit sein, aus einer wachsenden Menge von Informationen Wissen hervorzu- bringen.

3. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu mündigen Bürgern muss den bewußten Umgang mit allen Medien einschließen und kritiklosen Konsum verhindern.
4. Die Klassenzimmer müssen ans Netz. Über die bloße technische Ausstattung hinaus muss das Internet als Unterrichtsmittel so selbstverständlich werden wie Schwamm und Kreide.
5. Die Lehrkräfte aller Fachrichtungen müssen fachlich und didaktisch auf die Vermittlung von Medienkompetenz vorbereitet werden.
6. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den durch das Internet zugänglichen Informationen und Möglichkeiten hat Vorrang vor den Ausstattungsfragen. Der Plan der Bundesregierung, jedem Schüler einen Laptop zu gewähren, ist teuer und unsinnig.
7. Die IT-Ausstattung an Schulen benötigt eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Private Investitionen in diesem Bereich müssen steuerlich absetzbar sein, und der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft muss ein größerer Spielraum eröffnet werden.
8. Zielvorgaben statt Bildungsplanwirtschaft: Die Integration des Internets in Lehrpläne und Unterricht muss von den Schulen und Lehrkräften eigenverantwortlich umgesetzt werden.



9. IT-Ausbildungsgänge müssen gestrafft und gefördert werden. Ziel ist, den IT-Fachkräftebedarf langfristig aus der eigenen Bevölkerung zu decken.
10. Das staatlich gesteuerte Weiterbildungssystem in Deutschland ist planwirtschaftlich organisiert, sehr teuer, und reagiert häufig viel zu spät auf Qualifikationsdefizite, nämlich, wenn Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist. Das Internet muss genutzt werden, um das System grundsätzlich zu erneuern und marktwirtschaftlicher zu organisieren.

## Mit Sicherheit ins Internet



Eine absolute Sicherheit kann es nicht geben – weder online noch offline. Dennoch ist das Internet kein rechtsfreier Raum. Wie in anderen Sozialbereichen hat auch hier der Staat Anspruch und Aufgabe, zu einer größtmöglichen Sicherheit beizutragen.

Dabei muss aber jeder staatliche Eingriff mit den Grundsätzen der privaten Freiheit und Anonymität abgewogen werden. Gerade im dezentral und global strukturierten Internet ist eine zentrale Steuerung weder möglich noch erstrebenswert. Die Sicherheitsarchitektur muss vielmehr beim einzelnen Nutzer ansetzen und »bottom up« erfolgen. Eigenverantwortlichkeit aller Beteiligten ist gefragt!

1. Jeder Nutzer muss die Gefahren und Schutzmöglichkeiten im Internet kennen. Umfassende Medienkompetenz ist die wirksamste Prävention. Der Staat muss mehr Geld in Aufklärung investieren!



2. Wir brauchen technischen Schutz vor Hackern und Viren!  
Es muss eine Erweiterung des Produkthaftungsrechts geprüft werden, die Hersteller von Hard- und Softwareprodukten zum standardisierten Einbau von Schutzmaßnahmen anhält.
3. Die Bundesregierung sollte ein Gütesiegel der IT-Branche für alle Produkte initiieren, die technische Sicherheitsstandards vorbildlich erfüllen.
4. Die Herstellung und der Besitz von Software, die darauf angelegt ist, Sicherheitsmaßnahmen Dritter außer Kraft zu setzen, muss grundsätzlich strafbar sein. Die Nutzung solcher Programme aus nachvollziehbaren Gründen der Überprüfung und Verbesserung von IT-Sicherheit muss aber zulässig sein.
5. Die Bekämpfung der Internetkriminalität muss global sein: Wir brauchen eine internationale Kooperation der Strafverfolgungsbehörden und eine Vereinheitlichung der relevanten Standards in Strafrecht und Strafverfolgung .
6. Den Strafverfolgungsbehörden muss der Zugriff auf Online-Kommunikation unter engen rechtsstaatlichen Voraussetzungen möglich sein. Der entstehende materielle Aufwand muss dem Provider erstattet werden.
7. Eine generelle Verpflichtung von Providern zur Einhaltung einer Mindestspeicherfrist von Daten ist aus rechtsstaatlichen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht tragbar.

8. In Bereichen, in denen Internetdelikte bisher nur auf Antrag des Verletzten verfolgt werden können, sollten Polizei und Staatsanwaltschaft künftig auch von Amts wegen ermitteln können.
9. Die personellen und technischen Kapazitäten der Sicherheitsbehörden und Gerichte müssen im Bereich der Internetkriminalität verstärkt werden.
10. Zugangsprovider haften grundsätzlich nicht für die über ihre Anlagen transportierten Inhalte. Demgegenüber sind Contentprovider im Rahmen zumutbarer Sorgfaltspflichten für die von ihnen angebotenen Inhalte verantwortlich. Dieser Verantwortlichkeit muss auch im Rahmen verstärkter Selbstkontrolle Rechnung getragen werden.

**E-Government:  
Mehr Bytes für  
die Bürger**



Die Stärken des Internets für eine Verbesserung der Interaktion zwischen Staat und Bürger nutzbar zu machen, ist nicht nur eine berechtigte Erwartung der Bürger, sondern auch eine staatliche Pflicht. In der öffentlichen Verwaltung kann das Internet zu einer größeren Effizienz und Serviceorientierung beitragen (E-Administration). Im Bereich der politischen Prozesse kann es für mehr Information und Partizipation genutzt werden (E-Demokratie). Das Internet ist kein Allheilmittel gegen Bürgerferne und Politikverdrossenheit. Aber es ist eine große Chance, die Teilhabe des einzelnen Bürgers an der modernen Massendemokratie zu stärken.

## E-Administration

1. Die Vernetzung der öffentlichen Verwaltung erfordert eine umfassende Neustrukturierung. Hierarchien müssen abgebaut, Kompetenzen neu definiert werden.
2. Die öffentliche Verwaltung ist zu verpflichten, das Internet als Mittel zur Verbesserung der Serviceorientierung, zur Kosteneinsparung (E-Procurement) und zur Konzentration auf Kernaufgaben zu nutzen.
3. Die vernetzten Verwaltungseinheiten müssen unabhängig von Zuständigkeiten über eine zentrale Startseite erreichbar sein, von der aus mehrere Behördenschritte gebündelt erledigt werden können.
4. Über die individuelle Bearbeitung jeder Anfrage hinaus muss der Bürger zu allen Lebenssituationen die relevanten Informationen und Links finden. Die Verwaltung sollte darüber hinaus das Internet nutzen, um von sich aus aktiv Dienstleistungen anzubieten. So könnte beispielsweise mit einer E-Mail auf den Ablauf der Gültigkeitsfristen von Ausweisen hingewiesen werden.
5. Neben dem Internet müssen alternative Zugänge zur Verwaltung für die Bürger erhalten bleiben. Die sich anschließenden Verwaltungsprozesse sind vollständig über das Internet abzuwickeln, um die notwendige Effizienz zu erzielen.

**E-Demokratie:**

6. Alle kommunikativen Möglichkeiten des Internets müssen genutzt werden, um den Bürger stärker am Meinungs- und Willensbildungsprozess zu beteiligen.
7. Umfassende allgemeine und spezifische Informationsangebote zu allen politischen Entscheidungen sollten selbstverständlicher Bestandteil des Internetauftritts öffentlicher Institutionen sein.
8. Verwaltungsverfahren und politische Entscheidungsprozesse sollten so weit wie möglich online gestellt werden.
9. Unter strikter Wahrung aller verfassungsrechtlicher Prinzipien und technischer Sicherheitsanforderungen sollte die elektronische Stimmabgabe schrittweise in öffentliche Wahlverfahren als Zusatzangebot eingeführt werden.

